

Die islamisch geprägte Welt befindet sich am Scheideweg. Ein Teil der Muslime ist entschlossen, am Aufbau einer säkularisierten Moderne festzuhalten, ein anderer Teil treibt die Durchsetzung einer islamistischen normativen Ordnung voran. Auch in Deutschland ist diese Spaltung evident, fordern Vertreter des politischen Islams die Gesellschaft heraus. Staatlichen Akteuren fehlt oft das Wissen, um zu erkennen, mit wem sie kooperieren, und so arbeiten sie den Extremisten in die Hände.

Als zu Beginn des Jahres 2011 Tausende junger Menschen in Nordafrika und Westasien auf die Straßen gingen, um Freiheit und Gerechtigkeit zu fordern, als in Tunesien, Ägypten und Libyen autoritäre Potentaten gestürzt wurden, da glaubten westliche Intellektuelle, sie seien Zeugen eines Umbruchs, der auch das Ende des politischen Islams bedeuten würde. Doch die Wahlen in Tunesien und Ägypten, der Staatszerfall in Libyen und die rasante Entwicklung des dschihadistischen Terrors zeigen, dass der kurze arabische Frühling in einen langen islamistischen Winter geführt hat.

Gegenwärtig expandiert der politische Islam nicht nur in arabischen Ländern. Er breitet sich in Asien bereits bis nach China aus und zieht sich in Afrika weit in den subsaharischen Süden hinein. In westlichen Staaten schlägt er überall dort Wurzeln, wo die muslimische Bevölkerung eine signifikante Größe darstellt. Auch in Deutschland.

Eine Studie *Muslime in Deutschland* der Hamburger Kriminologen Katrin Bretfeld und Peter Wetzels ergab bereits im Jahr 2007, dass 46,7 Prozent der Befragten die Befolgung der Gebote des Islams für wichtiger hielten als die Demokratie. Alarmierender noch waren die Befunde für die junge Generation: 21,4 Prozent der befragten Schüler hielten Gewalt für gerechtfertigt, um den Islam zu verbreiten, und 24 Prozent behaupteten, selbst zu Gewalt bereit zu sein, wenn es der islamischen Gemeinschaft diene. 49,3 Prozent aller muslimischen Schüler und 17 Prozent aller muslimischen Studenten waren davon überzeugt, dass Muslime, die im bewaffneten Kampf für ihren Glauben sterben, ins Paradies kommen.

Wer vermittelt diesen Fundamentalismus? Islamunterricht wird in Deutschland vor allem in den Gemeinden der großen Islamverbände angeboten. Dort findet eine Überhöhung der eigenen Religion und eine Abwertung der deutschen Gesellschaft statt. Dass dies kein Phänomen marginalisierter Schichten ist, kann man an deutschen Hochschulen beobachten. So stritten Studentengruppen jüngst für das Recht von Salafistinnen, mit Gesichtsschleier Prüfungen abzulegen, während andernorts kopftuchtragende Studentinnen versuchten, in Hörsälen eine geschlechtersegregierte Sitzordnung einzuführen.

2011 zählte eine Studie, die der Jenaer Kommunikationspsychologin Wolfgang Frindte für das Bundesinnenministerium durchgeführt hatte, 15 Prozent aller deutschen und 24 Prozent aller nichtdeutschen Muslime als »streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz«. Ähnliche Daten erhob der Münsteraner Religionssoziologe Detlef Pollack im Jahr 2016 für Türkeistämmige.

Die Folgen zeigen sich im Alltag: Junge Frauen, die säkular aufgewachsen sind, verschleiern sich plötzlich und demonstrieren ihre neu erworbene Frömmigkeit durch floskelhafte Bekenntnisse und normative Spitzfindigkeiten. Sie weisen Mitschülerinnen darauf hin, dass es für muslimische Mädchen nicht statthaft sei, wie »eine Deutsche« herumläufeln. Jungen schwadronieren vom täglichen Kampf gegen sexuelle »Gelüste« und haben plötzlich Probleme, in der Schule neben Mädchen zu sitzen. Das dahinterstehende Denken behindert nicht nur die Beheimatung junger Menschen in der Freiheit, es schadet dem Ansehen des Islams.

Die Mehrheit der Deutschen glaubt, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Sie verbindet die zweitgrößte Weltreligion weniger mit hehren ethischen Prinzipien oder tiefer Spiritualität als mit Gewalt im Namen Gottes und einer Ablehnung westlicher Werte. Diese Assoziationen sind nicht einfach nur islamfeindlich, wie manche meinen, sondern haben Gründe. Dazu zählt neben dem Terrorismus auch die Distanz zu Deutschland, die sich in Jubelveranstaltungen für Erdoğan, Bekenntnissen zur Scharia oder dem Einfordern von Sonderrechten äußert. So manche islamische Vereinigung, die hierzulande als respektabler Partner der Politik gilt, wird von ausländischen Islamisten finanziert und gesteuert. Prominentes Beispiel ist die Ditiib, der größte muslimische Dachverband, der vollständig unter Kontrolle der türkischen Religionsbehörde steht und durch Kriegs-

Expertin mit Souvenirs aus Nahost: Bei Susanne Schröter, 61, Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, hängen ein »Auge der Fatima«, eine persische Keramik und ein kurdischer Frauendolch an der Wand



Foto: Katrin Binner für DIE ZEIT; privat (u.)

Ihr redet mit den Falschen

Der Islamismus spaltet die Gesellschaft. Er sollte nicht länger Partner des deutschen Staates sein. Mangelnde Distanz zu Fundamentalisten ist gefährlich

VON SUSANNE SCHRÖTER

propaganda, antichristliche und antisemitische Hompages sowie durch Spitzeldienste für den türkischen Geheimdienst auffiel.

All diese Probleme resultieren aus dem Erstarren des politischen Islams. Er stellt eine Sonderform des Islams dar und sollte nicht als charakteristisch für die gesamte Weltreligion gesehen werden, die auch in Deutschland viele Facetten besitzt. Durch machtbewusstes Agieren seiner Funktionäre dominiert er jedoch zunehmend die Bühne staatlicher Islampolitik. Der politische Islam predigt den Vorrang des religiösen Gesetzes vor dem weltlichen. Das macht ihn im Kern demokratiefeindlich. Zu seiner Genderordnung gehören Geschlechtertrennung und Patriarchalismus, der par-

tielle oder vollkommene Ausschluss von Frauen aus der Öffentlichkeit und die Fetischisierung der Bedeckung des weiblichen Körpers und Kopfes.

Der politische Islam ist ein Gegenentwurf zur Moderne und den Freiheitsrechten des Individuums. Seine gegenwärtige Spielart stellt eine Reaktion auf den Zusammenbruch des osmanischen Kalifats und die weltweite Dominanz des Westens dar. In der Debatte erscheint er unter verschiedenen Begriffen, meist dem des Fundamentalismus. Ursprünglich nicht islamisch konnotiert, meinte dieser Begriff eine Bewegung amerikanischer Protestanten, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine »christlich-fundamentalistische Weltvereinigung« gründeten. Sie glaubt die Menschheit in einer

Krise, die nur durch ein Zurück zu den Fundamenten des Glaubens bewältigbar wäre.

Fundamentalismus gibt es in allen Religionen. Doch der Unterschied zu anderen Formen religiösen Fundamentalismus in Deutschland heute ist die Bejahung von Gewalt: Trotz zahlreicher Präventionsprogramme ist die salafistische Szene für Muslime so attraktiv, dass im Juli 2018 ein neuer Höchststand von knapp 11.000 Personen erreicht wurde. Immerhin werden Salafisten von der Politik eindeutig einem extremistischen Spektrum zugeordnet. Sie gelten als Gefahr. Bei Akteuren des legalistischen politischen Islams ist dies häufig nicht der Fall, besonders wenn es sich um Funktionäre großer Verbände handelt. Obgleich sie nur eine Minderheit der in Deutschland

lebenden Muslime vertreten, haben sie sich als alleinige Repräsentanten ihres Glaubens etabliert. Fatalerweise führte das dazu, dass in Bund, Ländern und Kommunen viele Kooperationen zwischen ihnen und staatlichen Einrichtungen geschlossen wurden.

Die Anerkennung des politischen Islams begann indirekt und unbeabsichtigt mit der »Deutschen Islamkonferenz«, die 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble initiiert wurde. Schäuble suchte innovative Formate, um die Teilhabe und Integration von Muslimen zu gewährleisten. Das war nötig. Bei den Verbänden, die beteiligt wurden, handelte es sich jedoch im Wesentlichen um Vereinigungen des politischen Islams, die bis auf den heutigen Tag mehrheitlich in vier großen Dachverbänden organisiert sind: in der Ditiib, im »Verband islamischer Kulturzentren« (VIKZ), im »Zentralrat der Muslime in Deutschland« (ZMD) und dem »Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland«. Hinter dem Begriff »Islamrat« verbergen sich eine Reihe von Kleinstvereinen und als größter Mitgliedsverein die »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs«. Zum heterogenen »Zentralrat der Muslime« gehören auch türkische Ultranationalisten der Atib sowie die vom Verfassungsschutz beobachtete »Deutsche Muslimische Gemeinschaft« (DMG) und das »Islamische Zentrum Hamburg« (IZH) an.

Ein anderes Feld für Kooperationen zwischen Islam und Staat sind die Institute für islamische Theologie, die seit 2011 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung an den Universitäten Tübingen, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt/Gießen, Münster und Osnabrück gefördert werden. Um muslimische Partner zu beteiligen, schuf man Beiräte, in die Vertreter der großen Verbände berufen wurden. Dadurch bekamen sie Mitsprache bei Lehrinhalten und Stellenbesetzungen. Besonders an der Universität Münster missbrauchten sie ihre Macht weidlich, versuchten den liberalen Professor Mouhanad Khorchide aus dem Amt zu treiben. In Berlin, wo ein weiteres Institut entsteht, war man nicht willens, daraus zu lernen. Im Jahr 2018 wurden dort ausschließlich Vertreter der Dachverbände in den Beirat berufen.

Ein Richtungswechsel in der deutschen Islampolitik ist nötig. Doch wer soll auf muslimischer Seite Partner des Staates sein? Bislang orientierte man sich am Staatskirchenrecht, aber im Islam gibt es keine Institutionen, die mit den Kirchen vergleichbar wären. Die Organisationsform muslimischer Vereinigungen ist eher »landmannschaftlich«. Dazu kommt, dass sie nur eine kleine Minderheit der Muslime in Deutschland vertreten.

Der Islam umfasst, wie jede Weltreligion, unterschiedliche Denktraditionen und ist im höchsten Maße heterogen. Es gibt konservative und liberale Muslime, rückwärtsgewandte Fundamentalisten und progressive Erneuerer, patriarchalische Hardliner und aufmüpfige Feministinnen. Eine einseitige Fokussierung auf die muslimischen Dachverbände bedeutet nichts anderes als die Privilegierung des politischen Islams bei gleichzeitiger Abwertung säkularer und liberaler Muslime.

Das führt bei denjenigen, die gut integriert sind, zu erheblichen Enttäuschungen. Wer Muslime, die vorbehaltlos auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, mit Missachtung straft, aber die Anhänger ausländischer Autokraten mit Geld und Posten ausstattet, der sendet falsche Signale.

Ein neuer Kurs ist auch deshalb schwierig, weil die Mehrheit der deutschen Muslime nicht organisiert ist. Gerade »Kulturmuslime«, die Religion als Privatangelegenheit betrachten, engagieren sich eher in Vereinen, Sportclubs, Parteien. Allerdings wird das Bild diverser. In Niedersachsen trat der gesamte Vorstand der Ditiib zurück, weil er die Einflussnahme Erdogans nicht mehr akzeptierte. Wie weiter? Islampolitik ist ein Teil der Integrationspolitik und muss offen diskutiert werden. Doch Funktionäre des politischen Islams und ihre nicht-muslimischen Unterstützer lassen nichts unversucht, um eine solche Debatte zu verhindern. Zu diesem Zweck haben sie zwei Begriffe entwickelt, die all jene diskreditieren sollen, die es wagen, den politischen Islam zu kritisieren. »Islamophobie« und »antimuslimischer Rassismus« nennen sich die Wortungetüme. Hier kann keine wissenschaftliche Dekonstruktion dieser kruden Konzepte erfolgen. Doch so viel sei abschließend bemerkt: Eine freie Gesellschaft lebt von einer freien Debatte, gerade dann, wenn es um eine totalitäre Bewegung geht, die die Fundamente unserer Gesellschaft angreift.

Wir drucken Auszüge aus dem neuen Buch von Susanne Schröter »Politischer Islam. Stressstest für Deutschland« (Gütersloher Verlagshaus, 382 Seiten, 25 Euro). Es erscheint am 26. August

»Kopftuch zu tragen war in bestimmten Situationen normal«

Ein Gespräch mit Susanne Schröter über ihre Reisen in muslimische Länder, Kontakte mit Fundamentalisten und den Vorwurf der Islamophobie

DIE ZEIT: Frau Schröter, Sie wurden kürzlich als »antimuslimische Rassistin« geschmäht, weil sie an der Frankfurter Goethe-Universität eine kritische Konferenz zum Thema Kopftuch organisiert hatten. Es gibt aber zahllose Fotos, auf denen Sie selbst eines tragen. Wie kann das sein?

Susanne Schröter: Als Ethnologin bin ich seit 25 Jahren in muslimischen Ländern unterwegs, auch in Moscheen. Kopftuch zu tragen war für mich in bestimmten Situationen normal: Also sehen Sie mich mit bedecktem Haar beim Friedensschluss zwischen indonesischer Regierung und islamistischer Rebellenarmee in der Großen Moschee von Banda Aceh. Ohne Kopftuch sehen Sie mich mit indonesischen Islamistinnen der heute verbotenen Gruppe Hizbut

Tahrir. Oder mit Rached al-Ghannouchi, dem Führer der tunesischen Ennahda-Partei. Der Respekt vor der Religion gebietet es, sich ihren Sitten anzupassen, wenn man als Gast in einem entsprechenden Land ist oder heilige Stätten besucht. So halte ich es auch in Kirchen oder Tempeln.

ZEIT: Und warum kritisieren Sie das Kopftuch?
Schröter: Ich kritisiere es als Zeichen eines frauenfeindlichen Glaubenssystems, das fordert, weibliche Reize zu bedecken, um Männer nicht zum Sex anzustacheln. Die Konsequenz ist, dass Vergewaltigungen den weiblichen Opfern angelastet werden, auch vor Gericht, etwa in Afghanistan oder Saudi-Arabien. Wenn eine einzelne Frau sich für das Tragen des Kopftuchs entscheidet, akzeptiere ich das



Die Ethnologin aus Deutschland mit einer muslimischen Gesprächspartnerin in Isfahan

voll und ganz. Ich stelle auch Frauen mit Kopftuch am Forschungszentrum »Globaler Islam« ein.

ZEIT: Hat der Vorwurf des »antimuslimischen Rassismus« Sie getroffen?

Schröter: Natürlich! Auch wenn ich den Begriff für idiotisch halte. Rassismus ist die Ablehnung anderer aufgrund körperlicher Merkmale, die unentrinnbar sind. Ich kritisiere nicht Menschen wegen ihres Aussehens oder ihrer Herkunft, auch nicht wegen ihres Glaubens, sondern ich kritisiere Missstände, die man beheben kann. Der Vorwurf des »antimuslimischen Rassismus« ist leider populär und zielt oft darauf ab, Kritik am Islamismus zu delegitimieren.
ZEIT: Haben Sie angesichts zunehmender Islamophobie für solche Überziehungen Verständnis?

Schröter: Ja. Aber ich wünsche mir trotzdem Vernunft und benutze statt des Wortes Islamophobie lieber Islamfeindlichkeit. Sie ist keine Krankheit, sondern eine Geisteshaltung unserer Gesellschaft, die aus Angst und Ressentiment erwächst.
ZEIT: Hatten Sie selbst Angst, wenn Sie Islamisten in Nahost und Südostasien besucht haben?

Schröter: Das ist mir zu persönlich gefragt. Es geht mir um einen objektivierten Blick und nicht darum, was man als blonde Frau so erleben kann.

ZEIT: Bereuen Sie die Kopftuch-Konferenz?
Schröter: Nein. Angesichts dessen, was sie ausgelöst hat, war sie wohl notwendig.

Die Fragen stellte Evelyn Finger